

# Hausärzte sind in der Offensive

**Gesundheitswesen** Die Zahl der Ausbildungsplätze an der Universität muss massiv erhöht werden

VON ALFRED BORTER

Nein, die Zürcher Hausärzte sind gar nicht zufrieden mit den Politikern. Sie rufen Alarm: Man müsse nun rasch und massiv eingreifen, um diverse Übelstände zu beseitigen. Am letzten Montag hat Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger im Kantonsrat erklärt, es zeichne sich tatsächlich ein Mangel an Hausärzten ab, doch ein Notstand bestehe nicht. «Das stimmt», bestätigt Valerio Rosinus, Präsident der Hausärzte Zürich, der zusammen mit Kollegen gerade an der Züspa in Oerlikon beim Publikum für die Anliegen seines Berufsstands Werbung macht. Doch das gelte nur für den Augenblick. «In den nächsten zehn Jahren wird die Hälfte der jetzt tätigen Hausärzte das AHV-Alter erreichen», sagt er, es seien bei weitem nicht genügend junge Ärzte da, um sie zu ersetzen. Und dann habe man den Notstand. «Die ins Alter gekommenen Ärzte können ja nicht einfach ewig weiterarbeiten.»

## Spezialärzte verdienen mehr

Eigentlich müssten nicht nur die in den Ruhestand tretenden Ärzte ersetzt werden, sondern es müssten mehr sein, um die bereits bestehenden Lücken zu stopfen. Negativ ausgewirkt hat sich, dass 20 Jahre lang für eine Zulassungsbeschränkung galt, um, wie es hiess, den Anstieg der Gesundheitskosten zu bremsen. An sich ein hehres Ziel, aber das Gesundheitswesen funktioniert nicht billiger, wenn die Kranken gleich ins Spital gehen. «Und weil sich jetzt langsam auch in Deutschland ein Ärztemangel abzeichnet, wird es schwieriger, die entstandenen Lücken mit Ausländern zu stopfen», erklärt Rosinus. Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass der Anteil der Frauen im Medizinstudium zunimmt, denn diese ziehen in der Regel eine Teilzeitarbeit einer eigenen Praxis mit Volleinsatz vor, nicht zuletzt um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Zu Sorge Anlass gibt auch, dass bloss zehn Prozent der Medizinstudierenden angeben, sie wollten Allgemeinmediziner werden, die meisten sehen ihr Ziel lieber in einer Spezialisierung. Dort hätten sie verschiedene Vorteile, nicht zuletzt auch finanzieller Art: Als Spezialarzt kann man bedeutend mehr verdienen. Was will



Valerio Rosinus, Präsident der Hausärzte Zürich (2. v. l.), macht mobil.

ABR.

denn die Vereinigung der Hausärzte? In erster Linie, erläutert Rosinus, müsste der Kanton Zürich, der ja für die Universität zuständig ist, die Anzahl Studienplätze für angehende Ärzte massiv erhöhen. Jährlich wollen 1200 Maturanden in Zürich ein

## Gemäss den Berechnungen der Ärzte müsste die Zahl der Plätze an der Uni Zürich auf 300 aufgestockt werden.

Medizinstudium aufnehmen, doch stehen bloss 220 Plätze zur Verfügung. «Das ist noch weniger als vor rund 30 Jahren, als ich zu studieren anfang», erklärt Rosinus.

Gemäss den Berechnungen der Ärzte müsste die Zahl der Plätze an der Universität Zürich auf 300 aufgestockt werden, nur um den heutigen Versorgungsstand zu wahren, und sogar auf 400, wenn man die Lage verbessern möchte. Und das muss jetzt

geschehen, denn es dauert seine Zeit, bis ein Arzt seine Ausbildung abgeschlossen hat.

Gleichzeitig fordert die Ärzteschaft, die speziell für Hausärzte reservierten Ausbildungsplätze – jetzt sieben Stellen – auf 30 bis 50 auszubauen. Ausserdem sind die Ärzte der Meinung, das Institut für Hausarztmedizin an der Medizinischen Fakultät, das unter Mithilfe des Kantonsrats regelrecht erstritten werden musste, sei aufzuwerten. Es würde viel nützen, wenn mehr Forschung betrieben werden könnte, und zwar nicht bloss im Labor, sondern draussen bei den Arztpraxen.

Damit künftig weniger Mediziner in ein Spezialgebiet abwandern, müsste man auch mit einer Revision der Taxpunkte dafür sorgen, dass hausärztliche Verrichtungen gerechter entgolten würden. Damit beisst man allerdings auf Granit, wie Rosinus weiss, denn beim Bund will man den Hausärzten nur entgegenkommen, wenn dies kostenneutral erfolgt. Das heisst, dass die Spezialärzte etwas von ihrem Einkommen herge-

ben müssten, und dafür sind sie nicht bereit.

## Empört über den Bundesrat

Die Hausärzte hoffen jetzt, dass die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin», die innerhalb von bloss drei Monaten von 200'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterzeichnet worden ist, etwas Zug in die Angelegenheit bringt. Die Verfassung soll mit einem Zusatz ergänzt werden, der Verbesserungen bringen soll. Mit dem Gegenvorschlag des Bundesrats sind die Initianten gar nicht zufrieden. «Wir sind entsetzt», sagt Rosinus.

Das Wort Hausarzt komme darin gar nicht vor, es stehe bloss etwas von genügender medizinischer Versorgung. Nun hoffen die Hausärzte, dass ein Umdenken Platz greift und die eidgenössischen Räte zu einer griffigen Lösung Hand bieten. Statt dass die Politik bremst, muss sie jetzt Gas geben, damit es hierzulande nicht in einigen Jahren zu einer massiven ärztlichen Unterversorgung kommt.

# Gezerre um ominösen Paragraphen 31

**Strassengesetz** Die Mehrheit fürs umstrittene Strassengesetz bröckelt im Kantonsrat bedrohlich. Denn ein für die Linke entscheidender Paragraph wird höchstwahrscheinlich in der zweiten Gesetzeslesung gestrichen. Und die Rechte ist dennoch nicht zufrieden.

VON PASCAL UNTERNÄHRER

Ein Jahr oder 15 Sitzungen hat die kantonsrätliche Verkehrskommission (Kevu) über dem Strassengesetz gebrütet. Es schien, als habe sie eine mehrheitsfähige Lösung gefunden, obwohl die Ausgangslage schwierig war. Denn in erster Linie ging es darum, eine Strassenplanung aus einem Guss zu ermöglichen und die Stellung des Kantons für die Projektierung und den Bau von Kantonsstrassen in Zürich und Winterthur zu stärken – und jene der Städte entsprechend zu schwächen. Dem städtischen Sturm der Entrüstung begegnete die Kevu mit einem Kompromiss: Bis zum Betrag von

300 000 Franken für Projektierungen und 6 Millionen für den Bau soll-

ten weiterhin die Städte federführend sein, die zuvor von einer grosszügigeren Ausnahmeklausel profitiert hatten. Die beiden Grossstädte signalisierten ebenso Zustimmung wie deren Fürsprecher im Parlament (SP, Grüne, GLP). Der Kompromiss wurde auch von den Mitte-Parteien und der FDP getragen.

## 70 Millionen an Gemeinden

Ein bisher wenig beachteter Gesetzesparagraph könnte das ganze Gebilde aber wieder zum Einstürzen bringen. Im Paragraphen 31 ist festgeschrieben, dass 20 Prozent der Einnahmen des kantonalen Strassenfonds an die Gemeinden ausgeschüttet werden für den Unterhalt ihrer Gemeindestrassen. Das wäre neu und würde den Fonds um rund 70 Millionen belasten. Dem grünen Kantonsrat Robert Brunner, der den Paragraphen vorgeschlagen hat, schweben je nach Strassenbelastung gewichtete Pauschalen vor. Seine Idee ist es, die Entlastung, die für den Kanton aus der neuen Nationalstrassenfinanzierung (NFA) resultierte, den Gemeinden weiterzugeben. Damit würden die Gemeinden beim Strassenunterhalt um etwa ein Drittel entlastet. Brunner verhehlt nicht,

dass sein Passus auch künftige Strassenausbauten des Kantons erschweren soll. Bestritten wurde der Paragraph nur von der SVP. Lorenz Habicher hatte einen Gegenantrag gestellt, zog diesen aber während der Beratung zurück, sodass er nicht diskutiert wurde. Habicher argumentierte, er wolle keinen Paragraphen ändern, der ohnehin Anfang 2012 aufgehoben wird. Auf Nachfrage erklärt Habicher, der Rückzug habe auch taktischen Charakter gehabt. «Hätten wir den Paragraphen im Plenum diskutiert, hätten sich Fronten gebildet und verhärtet», vermutet er. Nun will er eine Allianz schmieden und in der zweiten Gesetzeslesung gegen den Paragraphen 31 kämpfen.

Habichers Chancen stehen gut. Die FDP signalisiert Zustimmung, und auch die Mitte-Parteien wollen mitmachen. «Ich sehe nicht den geringsten Grund, die Gemeinden in diesem Bereich abseits des Finanzausgleichs zu unterstützen», sagt der freisinnige Fraktionschef Thomas Vogel. BDP-Verkehrspolitiker Marcel Lenggenhager will nicht, dass der Kanton den Gemeinden beim Strassenunterhalt dreinredet. Ähnlich sehen dies EVP-Mann Walter Schoch und CVP-Fraktionspräsident Philipp

Kutter. «Wer zahlt, befiehlt», sagt Kutter und ergänzt, es würden ansonsten falsche Anreize gesetzt für einen zu üppigen Strassenunterhalt. SVP, FDP, CVP, EVP und BDP bringen locker eine Mehrheit zustande. Schützenhilfe bekommen sie aus der Volkswirtschaftsdirektion von Ernst Stocker (SVP), der am Montag gerne die Gegenargumente vorgebracht hätte, aufgrund von Habichers Rückzug dann aber doch nicht zum Zug kam. Markus Traber, Chef von Stockers Amtes für Verkehr, sagt klar: «Wenn der Paragraph 31 im Gesetz bleibt, müssen wir beim Unterhalt der Kantonsstrassen Abstriche machen.»

## Grüne und SP dagegen?

Fliegt Paragraph 31 aus dem Gesetz, ist es für die Grünen gestorben, stellt Brunner klar. Und auch die SP, die mit der Gesetzesrevision ohnehin nie warm wurde, könnte laut SP-Verkehrspolitikerin Sabine Ziegler kippen. «Es würde uns ein Nein vereinfachen», sagt sie. Und: Ein Ja der SVP zum Gesetz ist trotz des absehbaren Erfolgs alles andere als sicher. Habicher verweist auf weitere Gesetzesabschnitte, bei denen die SVP zusammen mit FDP und BDP in der Debatte unterlag.

## Nachrichten

### Luftfahrt Anflüge auf Kloten werden günstiger

Flugzeuge, die schwerer sind als 5 Tonnen, bezahlen für die Anflüge in Genf und Kloten vom 1. Oktober rückwirkend auf Anfang Jahr rund 12 Franken weniger. Auf Anfang 2012 reduziere Skyguide die Tarife dann erneut, teilte das Flugsicherungsunternehmen gestern mit. Heute betragen die Gebühren, die für den Anflug nach Zürich oder Genf bezahlt werden, gemäss Skyguide-Mediensprecherin Maude Rivière für ein Flugzeug von rund 73 Tonnen Gewicht und dem Typ eines Airbus A320 rund 512 Franken. (SDA)

### Spitalgesetz Referendum ist zustande gekommen

Wie die Direktion der Justiz und des Innern gestern mitteilte, ist das Referendum mit dem Gegenvorschlag von Stimmberechtigten zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz zustande gekommen. Der Beschluss des Kantonsrates zum neuen Gesetz wurde am 6. Mai 2011 im Amtsblatt veröffentlicht. Gegen diesen Beschluss ist ein Referendum mit Gegenvorschlag von Stimmberechtigten ergriffen worden. (AZ)

### Pro Senectute Leistungen werden harmonisiert

Die beiden seit Jahren etablierten Pflege- und Betreuungsangebote der Pro Senectute des Kantons Zürich, «Spitex-Visit» und der «Haus- und Begleitservice Perle», werden per 1. Oktober 2011 harmonisiert. Wie die Pro Senectute Kanton Zürich gestern mitteilte, werden so die kostenpflichtigen Dienstleistungen in den Bereichen der Begleitung, Betreuung und der ambulanten Pflege von älteren Menschen vereinheitlicht. (AZ)

### Brandstiftung 14-Jähriger steckt Häuschen in Brand

Ein 14-Jähriger hat am Donnerstagabend im Zürcher Kreis 10 ein mobiles Toilettenhäuschen in Brand gesteckt und dabei einen Sachschaden von rund 1000 Franken verursacht. Dank der Mithilfe von Passanten wurde der Täter kurz nach der Tat festgenommen. (SDA)

## Komitee kämpft für «Nein» zu Seeuferweg

**Seeufer** Ein überparteiliches Komitee setzt sich gegen die Vorlagen für einen durchgehenden Seeuferweg rund um den Zürichsee ein. Die Vorstösse seien zu teuer und auch aus landschaftlicher Sicht abzulehnen, teilte das Komitee gestern mit. Für ein Nein an der Urne setzt sich das Komitee auch ein, weil mit einem durchgehenden Seeuferweg Privateigentum «in staatspolitisch bedenklicher Weise» eingeschränkt werde. Präsident des Komitees ist Alt-Regierungsrat Ruedi Jeker (FDP). Die Stimmbürger des Kantons Zürich entscheiden voraussichtlich im März 2012, wie das Zürichseeufer künftig gestaltet sein soll. Hängig sind zwei Volksinitiativen. Die von der SP unterstützte Initiative «Zürisee für alle» fordert einen durchgehenden Seeufer-Fussweg entlang des Zürichsees innerhalb von zehn Jahren. Das Begehren der EVP, «Uferwege für alle», verlangt, dass die Wege am See und entlang der Flüsse im Kanton möglichst nahe am Gewässer entlang führen. Der Kantonsrat lehnte beide Initiativen ab. Eine Mehrheit sprach sich für den Gegenvorschlag aus. (SDA)